



Diverse Pressemitteilungen und Infos des Gemeinderates zum Thema Fluglärm

Abstimmung am 27. November 2011 "Keine Neu- und Ausbauten von Pisten"

Am 27. November 2011 entscheiden die Stimmbürger/innen im Kanton Zürich über die Zukunft des Flughafens Zürich. Der Gemeinderat Zell engagiert sich zusammen mit anderen Behörden- und Bürgerorganisationen im Westen, Norden und Osten des Flughafens für die Abstimmung zur Behördeninitiative II "Keine Neu- und Ausbauten von Pisten".

Die Behördeninitiative II muss aus Sicht des Ostens vom Zürcher Stimmvolk zwingend angenommen werden. Andernfalls ist ernsthaft zu befürchten, dass die Piste 28 verlängert und dadurch statt der bisherigen 17'000 Anflüge über den Osten bis zu 55'000 Anflüge möglich sind. Folge davon wäre eine massive Verlagerung des Fluglärms in den Osten unter gleichzeitiger Entlastung des Südens.

Die Behördeninitiative II schränkt den Betrieb und die Entwicklung des Flughafens Zürich nicht ein. Mit dem gegenwärtigen Pistensystem können bis zu 350'000 Flugbewegungen bewältigt werden (heute: ca. 270'000). Ausserdem hat das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) in seinem SIL-Schlussbericht unmissverständlich festgehalten, dass mit einem Pistenausbau keine Kapazitätssteigerung erreicht werden kann; mit oder ohne Pistenverlängerungen bleibt die Verkehrsleistung des Flughafens also gleich gross.

Wir wehren uns weiter gegen noch mehr Fluglärm im Osten!

Vernehmlassungen zum Flughafen Zürich / 11. Oktober 2010

Das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) hat unter anderen die betroffenen Gemeinden im Kanton Zürich zu einer Anhörung und Mitwirkung der Bevölkerung zum Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) Flughafen Zürich eingeladen. Gleichzeitig läuft auch eine Vernehmlassung zum Entwurf für die Revision des Richtplankapitels 4.7.1 „Flughafen Zürich“. Diese legt in Abstimmung mit dem SIL-Objektblatt die Ziele einer raumplanerischen Vorsorge in der Flughafenregion, die entsprechenden Karteneinträge und Massnahmen zur Umsetzung fest.

Der Gemeinderat Zell hat folgende Anträge eingereicht:

- Der SIL-Prozess ist zu sistieren, bis die Abstimmung zur Behördeninitiative II: „Keine Neu- und Ausbauten von Pisten“ und die noch laufenden Verhandlungen mit Deutschland über die Beilegung des Fluglärmstreits abgeschlossen sind.
- Die Betriebsvariante Jopt ist aus dem SIL-Objektblatt zu streichen.
- Neu- und Ausbauten von Pisten werden abgelehnt.
- Im Zeitraum von 21.00 Uhr bis zum Betriebsende um 23.00 Uhr sollen nur bei starkem Westwind Ostanflüge erlaubt sein, und der geköpfte Nordanflug soll möglichst rasch eingeführt werden. Dazu sind im SIL-Objektblatt die nötigen Vorkehrungen zu treffen.
- Die Einhaltung der Nachtruhe von sieben Stunden ist durchzusetzen.

- Die im SIL-Objektblatt geforderten Sicherheitsstandards sind auch für den Ostanflug durchzusetzen.
- Der Flughafen Zürich soll ebenfalls zum Lärmschutz beitragen und sich für entsprechende Massnahmen einsetzen.
- Auf zusätzlich geplante Parkplätze im Flughafen Zürich ist zu verzichten.

Der Gemeinderat Zell erwartet von den zuständigen Entscheidungsträgern, dass endlich einmal auch im Fall Flughafen Zürich die Interessen der betroffenen Bevölkerung gebührend berücksichtigt werden, und nicht immer zuerst die wirtschaftlichen Interessen.

Teilrevision kantonaler Richtplan (Flughafen Zürich) / 18. März 2010

Die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich hat unter anderen die Gemeinden des Kantons Zürich eingeladen, zur Teilrevision des kantonalen Richtplans (Flughafen Zürich) Stellung zu nehmen. Der Gemeinderat Zell hat ebenfalls eine Stellungnahme abgegeben, wobei sich diese an der Antwort der Regionalplanung Winterthur und Umgebung (RWU) orientiert. Der Gemeinderat hat in seiner Vernehmlassung unter anderen folgende Forderungen erhoben:

- Die Teilrevision ist mit der Anhörung und dem Mitwirkungsverfahren zum SIL-Objektblatt zu parallelisieren und darf nicht vorgreifen. Zudem muss ein Entscheid des Souveräns zur Behördeninitiative II (Keine Neu- und Ausbauten von Pisten) vorliegen.
 - Sämtliche Festlegungen im kantonalen Richtplan müssen sich auf die Auswirkungen der Betriebsvarianten E(opt.), E(dvo.) beschränken. Pistenverlängerungen und damit die Betriebsvariante J(opt.) und ihre Auswirkungen auf die Festlegungen sind abzulehnen.
 - Der Kanton muss sich zusammen mit der Flughafenbetreiberin verpflichten, Massnahmen zur Lärmbegrenzung anzuordnen. Durch eine Förderung von weniger lärmintensiven Flugzeugen sowie durch die Einschränkung des Flugbetriebes während den Ruhezeiten kann der Fluglärm auf ein erträgliches Mass reduziert werden.
 - Die Festlegung zusätzlicher 8'000 Parkplätze (geplant) ist zu streichen. Anstelle dessen ist ein Fahrtenmodell mit anzustrebender Verbesserung des Modalsplittes zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs festzuschreiben.
-

Betriebsreglement Flughafen Zürich - Beschwerde an das Bundesgericht vom 1. Februar 2010 / 11. Februar 2010

Die IG Ostgemeinden (Bassersdorf, Nürensdorf, Illnau-Effretikon, Lindau, Kyburg, Turbenthal, Weisslingen, Zell), alle vertreten durch Prof. Dr. iur. Isabelle Häner, Bratschi, Wiederkehr & Buob Rechtsanwälte, Zürich, ziehen zusammen mit anderen Gemeinden das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum vorläufigen Betriebsreglement des Flughafens Zürich an das Bundesgericht weiter. Im Wesentlichen haben folgende Gründe zu diesem Schritt veranlasst:

- Obwohl dem Flughafen Zürich zweifellos eine grosse Bedeutung als verkehrspolitische Schlüsselinfrastruktur zukommt, ist es nicht vertretbar, wenn das Bundesverwaltungsgericht der Flughafenbetreiberin vorweg die Haltung ihrer Start- und Landekapazität garantiert, ohne auch angemessen Rücksicht auf die Lärmschutzinteressen der Bevölkerung zu nehmen.

- Damit die Fluglärmbelastung für die betroffene Bevölkerung über längere Zeitspannen voraussehbar wird, ist eine klare Ordnung der Pistenbenützung erforderlich. Ebenfalls aus Lärmschutzgründen sind die Flugrouten im Betriebsreglement ausdrücklich aufzunehmen und ein Abweichen von den Standardrouten soll erst ab einer Höhe von 8'000 Fuss gestattet sein. Das Bundesverwaltungsgericht hat solche Regelungen abgelehnt.
 - Das Bundesverwaltungsgericht nimmt bewusst in Kauf, dass beim Anflug auf Piste 28 internationale Sicherheitsstandards nicht eingehalten werden. Der Ostanflug ist unter Sicherheitsaspekten als skeptisch einzustufen, weil im Endanflug bei Bassersdorf ein Hügel in die Sicherheitszone ragt und ausserdem verschiedene Gebäude zu nahe an der Piste liegen. Auf Kosten der Sicherheit dürfen solche Kompromisse nicht eingegangen werden. Vielmehr sind nötigenfalls die sicheren Pisten für die Anflüge zu verwenden.
 - Schliesslich wird daran festgehalten, dass zum Schutz der Bevölkerung die Nachtsperrzeit auf acht Stunden ausgedehnt werden soll (22.00 Uhr bis 06.00 Uhr), und zwar so, dass auch der Verspätungsabbau nicht in die Nachtsperrzeit erfolgt.
-

Unterstützung für "keine Neu- und Ausbauten von Pisten"/ 20. Juli 2009

Voraussichtlich im Sommer 2010 gelangt die kantonale Behördeninitiative II (keine Neu- und Ausbauten von Pisten) zur Abstimmung. Die Behördeninitiative II hat auch der Gemeinderat Zell unterstützt. Die Initiative ist zur Erhaltung der Lebensqualität in Zell und im Tösstal von zentraler Bedeutung. Die Auswirkungen bei Pistenausbauten (die Verlängerung der Piste 28 ist konkret geplant) mit entsprechender Verlagerung des Luftverkehrs auf die Ost-/Westachse hätte auf die Gemeinde Zell als Wohngemeinde in einem Naherholungsgebiet gravierende Auswirkungen. Die besondere Betroffenheit erlaubt es, sich im Abstimmungskampf auch finanziell zu engagieren. Aus diesem Grund gelangte die „Region Ost“ mit einer Anfrage an ihre Mitglieder, die Abstimmungskampagne zu unterstützen. Die „Region Ost“ ist ein Zusammenschluss der Exekutiven von 86 Gemeinden aus dem Kanton Zürich, Thurgau und St. Gallen im Osten des Flughafens Zürich und vertritt die Interessen von über 450'000 Einwohner/innen. Sie setzt sich für eine gerechte Fluglärmverteilung ein.

In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Abstimmung hat der Gemeinderat für die erwähnte Abstimmungskampagne einen einmaligen Beitrag von Fr. 20'000.00 zugesichert.

Abstimmungen / 7. Juli 2009

Die beiden Behördeninitiativen 1 und 2 sind am 23. Februar 2009 im Kantonsrat zur Diskussion gestanden. Die B1 (Flugbewegungsbegrenzung und 8 Std. Nachtruhe) ist deutlich gescheitert. Die B2 (keine Veränderung am Pistensystem) fand eine klare Mehrheit. Postwendend kam das Behördenreferendum zu Stande. Nicht genug damit, die Flugschneiser Süd lancierten eine Volksinitiative (VI), die ebenfalls zustande kam. Diese VI hat die B2 im Grundgedanken übernommen, was an sich erfreulich ist. Ergänzt wurde sie aber mit der Forderung, zum Flugregime vor 2000 zurückzukehren und keine Südanflüge zuzulassen.

Der Kantonsrat lehnte an der erwähnten Sitzung auch die Volksinitiative "Fair Flug" deutlich ab. Somit ergibt sich folgendes Abstimmungsprogramm (ohne Gewähr): 27. September 2009 "Fair Flug", März/Juni 2010 Behördeninitiative 2 und Referendum (VI Südschneiser).

SIL-Prozess / 7. Juli 2008

Die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich hat auf Grund eines Postulats bei den Gemeinden eine Umfrage zum ZFI* gemacht, in dem Sinne, wie könnt ihr der Regierung helfen, das vom Volk beschlossene Gesetz umzusetzen. Die Gründe sind ja bekannt und die Entstehung des erwähnten Gesetzes auch. Der Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Zürich hat den Gemeinden eine Antwortvorlage zukommen lassen, die von sehr vielen Gemeinden übernommen wurde. Gemäss Resultatsauswertung ist die Regierung nun aufgefordert, den von ihr gewünschten und vom Volk angenommenen ZFI* anzuwenden und auch umzusetzen.

Unterstützung im Kampf gegen den Fluglärm / 11. September 2008

Der Verein Bürgerprotest Fluglärm Ost (BFO) gelangt an die betroffenen Gemeinden im Osten des Flughafens, sich an der nächsten Informationszeitung finanziell zu beteiligen. Sie soll in 100'000 bis 150'000 Haushalte in der Region Zürich verteilt werden. Der Gemeinderat unterstützt die Initiative des Bürgerprotests Fluglärm Ost wiederum mit einem Kostenbeitrag.

Der Gemeinderat Zell unterstützt nach wie vor sämtliche Bestrebungen, die dazu führen, dass die Region Ost von zusätzlichen An- und Abflügen verschont bleibt. Er ist deshalb auch Mitglied der Interessengemeinschaft Region Ost, die schweizweit grösste Behördenorganisation, die sich für flugverkehrspolitische Anliegen einsetzt. Diese gelangte kürzlich mit einem offenen Brief an Bundesrat Moritz Leuenberger und BAZL-Direktor Raymond Cron zu den jüngsten Entscheiden des BAZL im Prozess Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL). Darin wurde einmal mehr der Verzicht auf zusätzliche An- und Abflüge über den Osten sowie der Verzicht auf Pistenausbauten gefordert.

Koordinationsprozess zum Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) / 17. April 2008

Resultat des Koordinationsgesprächs in Bern

Im Rahmen der Erarbeitung des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt für den Flughafen Zürich (SIL) fand am 3. April 2008 in Bern das dritte Koordinationsgespräch statt. Unter der Leitung von Raymond Cron, Direktor des Bundesamtes für Zivilluftfahrt (BAZL), hat die politische Diskussion der optimierten Betriebsvarianten für den Flughafen Zürich stattgefunden. Doch die Uneinigkeit der Teilnehmer/innen blockiert den weiteren Prozess.

Im Kanton Zürich gibt es kaum jemanden, der offen für den Bau eines leistungsstarken Parallelpistensystems am Flughafen eintreten würden. Entsprechend hat sich der Zürcher Regierungsrat in der Vergangenheit klar gegen eine raumplanerische Sicherung dieser Option ausgesprochen. Diese Haltung wurde auch am letzten Koordinationsgespräch vertreten, allerdings wird eine solche Option beim Bund weiterverfolgt. Auch sprach sich der Regierungsrat als längerfristige Option für eine Betriebsvariante mit Pistenverlängerungen und einer Kombination von Nord- und Ostanflügen (Variante J) aus. Ein gänzliche Ostausrichtung lehnt auch der Regierungsrat ab.

In einem nächsten Schritt wird das BAZL weitere Facharbeiten vornehmen, so etwa Lärm-berechnungen für die optimierten Betriebsvarianten und deren Auswirkungen auf den Zürcher Fluglärmindex (ZFI). Der Bundesrat wird dann voraussichtlich im Jahr 2010 einen definitiven Beschluss über den zukünftigen Betrieb des Flughafens fällen.

Stellungnahme Bürgerprotest Fluglärm Ost

„Obwohl sich bei der Anhörung die Mehrheit der Bezirke und Bürgerorganisationen gegen einen Pistenausbau ausgesprochen haben, verlangt der Regierungsrat vom Bund wieder genau diesen, um die Ostanflüge zu forcieren. Damit wählt der Regierungsrat die unsicherste Piste, um seine Politik der Zweiklassengesellschaft auch weiterhin betreiben zu können: Der Süden soll bevorzugt, der Rest der Bevölkerung dem künftigen Wachstum geopfert werden. Mit dieser Politik gewinnt man vielleicht Wahlen, dafür muss man sämtliche Sicherheitsbedenken beim Ostanflug verschweigen bzw. ignorieren. Damit verabschiedet man sich auch von der bisherigen Scheinpolitik der Nordausrichtung und entlässt Deutschland aus jeglichen Verpflichtungen. Das künftige Wachstum soll über die dichtbesiedelte Region östlich des Flughafens erfolgen: ob dies Regierungsrätin Rita Fuhrer heute schon zugibt, oder nicht.“

Bürgerprotest Fluglärm Ost wird mit seinen Partnerorganisationen und den politischen Vertretern weiterhin den Pistenausbau bekämpfen und sich für eine ausgewogene Flughafenpolitik mit Zukunft einsetzen.“

Stellungnahme Gemeinderat Zell

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Ergebnis des Koordinationsgesprächs in Bern zum SIL-Verfahren. Er teilt die Meinung des Vereins Bürgerprotest Fluglärm Ost und wird sich auch in Zukunft mit allen rechtlich möglichen Mitteln gegen zusätzlichen Flugverkehr über dem Tösstal einsetzen.

Plafonierungsinitiative abgelehnt, Gegenvorschlag ZFI+ angenommen / 25. November 2007

Die Stimmbürger/innen haben die Plafonierungsinitiative klar abgelehnt und ebenso klar den Gegenvorschlag des Kantonsrates mit dem Zürcher Fluglärmindex (ZFI+) angenommen. Nur 37.3 Prozent der Stimmberechtigten stimmten Ja für die Plafonierungsinitiative. 63.2 stimmten für den Gegenvorschlag des Kantonsrates (ZFI+). Die Gemeinde Zell hat die Plafonierungsinitiative mit 944 zu 471 Stimmen angenommen und den Gegenvorschlag des Kantonsrates mit 569 zu 777 Stimmen abgelehnt. Neben der Gemeinde Zell stimmten 16 weitere Gemeinden für die Plafonierungsinitiative, darunter sämtliche Tösstalgemeinden.

Weitere Details siehe www.fluglaerm-ost.ch oder www.statistik.zh.ch.

Volksinitiative „Für eine realistische Flughafenpolitik“ / September 2007

Am 25. November 2007 kommen die Volksinitiative „Für eine realistische Flughafenpolitik“ sowie der Gegenvorschlag des Kantonsrates (ZFI+) zur Abstimmung. Die Volksinitiative „Für eine realistische Flughafenpolitik“ (Plafonierungsinitiative) will den Kanton Zürich verpflichten, beim Bund darauf hinzuwirken, dass die Zahl der jährlichen Staats- und Landungen auf dem Flughafen Zürich bei 250'000 begrenzt und die Nachtflugsperrzeit auf 9 Stunden ausgedehnt wird.

Der Gegenvorschlag des Kantonsrates soll die Grundlage für wirkungsvolle Massnahmen gegen die Fluglärmbelästigung schaffen. Mit dem Zürcher Fluglärmindex (ZFI+) wurde ein Beurteilungsmass geschaffen, das nach Ansicht des Regierungsrates die zulässige Anzahl der durch Fluglärm stark belästigten Personen festlegt. Wird diese Anzahl überschritten, sollen Massnahmen dafür sorgen, dass sie wieder unter das zugelassene Niveau sinkt. Zu-

dem setzt sich der Regierungsrat mit dem Gegenvorschlag für einen Nachtflugsperr von 7 Stunden ein. Wen 320'000 Flugbewegungen pro Jahr erreicht werden, beschliesst der Kantonsrat auf Antrag des Regierungsrates darüber, ob der Kanton beim Bund auf eine Bewegungsbeschränkung hinwirken soll. Weitere Details siehe www.flughafeninitiative.ch.

Unterstützung Petition «Pistenausbau NEIN» / Juli 2007

Anlässlich einer Gesprächsrunde zum Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) in Bern beantragt der Zürcher Regierungsrat längerfristig die Konzentration der Anflüge auf die Piste 28. Damit verbunden ist auch die Forderung nach einer Pistenverlängerung. Damit hat der Regierungsrat eine Kehrtwende gegenüber seinem Beschluss vom letzten Dezember vollzogen. Eine solche Pistenverlängerung hätte für den Osten des Flughafens und für die Gemeinde Zell eine zusätzliche Lärmbelastung zur Folge.

In diesem Zusammenhang hat der Bürgerprotest Fluglärm Ost eine Petition «Pistenausbau NEIN» an den Gesamtbundesrat lanciert. Darin wird ein zehnjähriges Moratorium gegen einen Pistenausbau am Flughafen Zürich-Kloten gefordert. Der Gemeinderat Zell unterstützt die Petition «Pistenausbau NEIN» und setzt sich für die Sammlung der entsprechenden Unterschriften ein.

Unterstützung Region Ost zum SIL-Prozess / Juni 2007

Der Gemeinderat hat vom Schreiben der Region Ost an die Volkswirtschafts-direktion des Kantons Zürich betreffend Stellungnahme zu den 19 möglichen Betriebsvarianten im SIL-Prozess Flughafen Zürich Kenntnis genommen. Der Brief der Region Ost wird vom Gemeinderat vollumfänglich unterstützt. Die Region Ost befürwortet alle Betriebsvarianten, die sich am historisch gewachsenen Flugverkehrsregime orientieren und nicht mit einer Umkrepelung der herkömmlichen An- und Abflugverfahren grundlegende Prinzipien wie Planungs- und Rechtssicherheit gleichsam über Bord werfen. Parallel dazu verlangen die Städte und Gemeinden der Region Ost die Wiederaufnahme der bilateralen Staatsvertragsverhandlungen, um eine Lockerung der deutschen Flugverkehrssperre und damit eine grössere Flexibilität bei den An- und Abflugverfahren zu erreichen.

Resultat Fluglärmmessungen / April 2007

Zur Erfassung der Fluglärmsituation vor und nach der Einführung des ILS-Anfluges auf die Piste 28 ab 26. Oktober 2006 wurden in der Gemeinde Zell vom 13. Oktober bis 12. November 2006 von der Unique Flughafen Zürich AG Fluglärmmessungen durchgeführt. Die Messungen erfolgten mit einer mobilen Anlage beim Bahnhof Rämismühle. Der Messort lag im Streubereich der ILS-Anflugrouten aus Osten auf die Piste 28. Diese Lärmmessungen liegen nun in einem ausführlichen Bericht vor. Interessierte Einwohner/innen haben die Möglichkeit, den Bericht auf der Gemeinderatskanzlei in Rikon während den ordentlichen Öffnungszeiten bis Ende Mai 2007 einzusehen.

Die Lärmbelastung in der Gemeinde Zell hat sich seit Einführung der ILS-Anflüge verlagert. Einzelne Ortsteile der Gemeinde wurden mit dem neuen Anflugverfahren entlastet (Kollbrunn und Langenhard), andere (Rämismühle, Teile von Rikon) stärker bzw. neu belastet.

Andererseits erfahren Kollbrunn und Langenhard mit neuen Abflügen eine Mehrbelastung.

Urteil des Bundesgerichtes zur Verwaltungsgerichtsbeschwerde des Flughafens Zürich AG betreffend Festlegung einer Projektierungszone für Piste 28 / Januar 2007

Die Flughafen Zürich AG hat beim Bundesgericht eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde gegen den Entscheid der Eidgenössischen Rekurskommission für Infrastruktur und Umwelt vom 21. November 2006 betreffend die Festlegung einer Projektierungszone betreffend Hindernisbegrenzung im Anflug Piste 28 eingereicht. Mit Urteil vom 12. Dezember 2006 hat das Bundesgericht die Verwaltungsgerichtsbeschwerde abgewiesen. Die Gerichtsgebühr von Fr. 2'000.00 geht zu Lasten der Flughafen Zürich AG. Somit ist die Festlegung einer Projektierungszone für die Piste 28 aufgehoben.

Kantonale Volksinitiative für eine faire und ausgewogene Verteilung des Fluglärms um den Flughafen Zürich (Verteilungsinitiative) / November 2006

Die Bürgerinitiative für solidarische Fluglärmverteilung "Fluglärm-solidarität" hat eine neue Volksinitiative gestartet. Die Verteilungsinitiative verlangt eine faire und ausgewogene Verteilung des Fluglärms. Insbesondere sollen die nicht mehr über Deutschland durchzuführenden Anflüge auf all diejenigen Pisten verteilt werden, welche ausschliesslich über Schweizer Gebiet angefliegen werden können. Andererseits haben alle Flugzeuge nach dem Start in Richtung ihrer Destination und nicht nach politischen Gegebenheiten abzufliegen. Die Verteilungsinitiative tangiert die Frage der Plafonierung in keiner Art und Weise. Mit oder ohne Plafonierung sind die nicht mehr über Deutschland durchführbaren Anflüge zu verteilen.

Die Bevölkerung wird eingeladen, die Verteilungsinitiative ebenfalls zu unterstützen. Weitere Details erfahren Sie unter www.fluglaermsolidaritaet.ch.

Instrumentenlandesystem (ILS) Piste 28 und neues Anflugverfahren / Oktober 2006

Am Donnerstag, 26. Oktober 2006, wurde das angekündigte Instrumentenlandesystem ILS für die Piste 28 mit dem entsprechend geänderten Anflugverfahren in Betrieb genommen. Dies hat Änderungen der Flugwege zur Folge, welche etliche Gemeinden in den Kantonen Zürich, Thurgau und St. Gallen betreffen werden.

Bis 2001 wurde die Piste 28 (Ostanflug) vor allem bei ausgeprägten Westwindlagen angefliegen. Das dabei zur Anwendung kommende Anflugverfahren war als Nicht-Präzisionsanflugverfahren konzipiert. Mit der Einführung und stufenweisen Verschärfung der Beschränkungen der Nordanflüge durch die deutsche Durchführungsvorschrift DVO hat die Anzahl Anflüge auf die Piste 28 seit dem Jahr 2001 zugenommen. Weil für regelmässig verwendete Anflugverfahren auf internationalen Flughäfen der Betrieb von Instrumentenlandesystemen Standard ist, haben Unique (Flughafen Zürich AG) und Skyguide beschlossen, die Piste 28 anlag den Pisten 14, 16 und 34 mit einem ILS auszurüsten. Das Gesuch für das erwähnte ILS 28 wurde von Unique im Mai 2002 beim Bundesamt für Zivilluftfahrt eingereicht. Vom 15. November bis 15. Dezember 2002 lag das Gesuch öffentlich auf. Gegen das Projekt wurden zahlreiche Einsprachen eingereicht. Die Bewilligung für den Bau des ILS 28

wurde vom Bundesamt für Zivilluftfahrt am 22. April 2004 erteilt.

Im März 2006 hat das Bundesgericht eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde von Unique gutgeheissen und den Beschwerden gegen den ILS-Anflug auf die Piste 28 die aufschiebende Wirkung entzogen. Das ILS 28 kann damit wie geplant am 26. Oktober 2006 in Betrieb genommen werden.

Das Bundesgericht hielt in seinem Urteil jedoch fest, dass für das neue Anflug-verfahren vorläufig die gleichen Wetterbedingungen wie beim bisherigen Lande-verfahren auf die Piste 28 anzuwenden seien. Die entscheidenden Elemente dabei sind 4'300 Meter Sicht und 1'200 Fuss (ca. 370 Meter) Wolkenuntergrenze über Grund. Dieser Entscheid wird zur Folge haben, dass trotz Einführung des ILS-Anfluges auf die Piste 28 bei entsprechend schlechten Wetterbedingungen auch in der kommenden Zeit nicht auf abendliche Südanflüge verzichtet werden kann.

Flugbetrieb, Flugwege

Die Landungen aus Osten erfolgen wie bisher an Wochentagen ab 21.00 Uhr und an Wochenenden und deutschen Feiertagen ab 20.00 bis Betriebsschluss um 00.30 Uhr. In den übrigen Zeiten wird - ebenfalls wie bisher - nur während starken Westwindlagen von Osten her auf der Piste 28 gelandet.

Das Auflinieren auf den Endanflug erfolgt in einem Bereich zwischen Zell im Tösstal und dem Toggenburg auf einer Höhe von mindestens 1'500 Metern über Meer. Der Anflugwinkel im Endanflug bleibt - unverändert zum heutigen Verfahren - bei 3.3 Grad. Die Flugzeuge werden mittels Radarführung auf den Endanflug geleitet. Das neue Anflugverfahren wird eine breite Streuung der Flugwege vor dem Endanflug zur Folge haben. Dadurch werden Gebiete überflogen, welche zuvor keine oder nur wenige Überflüge hatten. Die Gebiete im Bereich des bisherigen Anflugweges (bis 25. Oktober 2006) zwischen Schaffhausen und Kollbrunn werden hingegen entlastet.

Die Unique ist bereit, allfällige Fragen zum Flugbetrieb zu beantworten. Zu diesem Zweck betreibt Unique das Lärmtelefon unter der Nummer 043 816 21 31.

Spezialzeitung zum Thema „Pistenverlängerung“ / August 2006

Der Verein Bürgerprotest Fluglärm Ost (BFO) gelangt an die betroffenen Gemeinden im Osten des Flughafens, sich an der geplanten Spezialzeitung zum Thema „Pistenverlängerung“ finanziell zu beteiligen. Der BFO möchte die Bevölkerung östlich des Flughafens umfassend über die bereits erfolgten Schritte zum Thema „Pistenverlängerung“ informieren. Die Spezialzeitung soll in über 100'000 Haushalte östlich des Flughafens verteilt werden.

Im Juli 2006 hat der Gemeinderat entschieden, dass sich die Gemeinde Zell als Mitinitiantin an der Behördeninitiative betreffend Änderung des Gesetzes über den Flughafen Zürich (keine Neu- und Ausbauten von Pisten) beteiligt. Es macht deshalb Sinn, wenn auch die Bevölkerung über das weitere Vorgehen zur Verhinderung von Neu- und Ausbauten von Pisten informiert wird. Die Gemeinde Zell beteiligt sich deshalb an der Spezialzeitung zum Thema „Pistenverlängerung“ mit einem Kostenbeitrag von Fr. 2'000.00.

Teilnahme an neuer Behördeninitiative „Keine Neu- und Ausbauten von Pisten“ / Juli 2006

Die Gemeinde Zell beteiligt sich als Mitinitiantin an der neuen Behördeninitiative betreffend Änderung des Gesetzes über den Flughafen Zürich (keine Neu- und Ausbauten von Pisten). Damit sollen Pistenneu- und -ausbauten auf dem Flughafen Zürich mittelfristig verhindert und insbesondere die Verankerung solcher Bauten im Objektblatt des SIL erschwert werden.

Die Initiative „Keine Neu- und Ausbauten von Pisten“ tritt flankierend zur bereits eingereichten und vom Gemeinderat Zell ebenfalls unterstützten Behördeninitiative für eine Plafonierung auf 320'000 Flugbewegungen und 8 Stunden Nachtruhe hinzu. Sie ersetzt diese nicht. Aber sie ergänzt sie, in dem sie die technische Kapazität des Pistensystems, welche gemäss gegenwärtigen Sicherheitsstandards bei ca. 350'000 Flugbewegungen liegt, eigentlich als zusätzlichen Plafonds setzt. Zudem verhindert sie eine räumliche Umverteilung der Flugbewegungen und bestärkt damit das Geltungsvertrauen in die bisherige Raumplanung sowie in den bisherigen Zustand. Damit trägt sie zur Rechts-sicherheit und zur Wiederherstellung des Vertrauens in der Flughafenpolitik, insbesondere des Kantons Zürich, bei. Gleichzeitig ermöglicht sie dem Flughafen ein massvolles weiteres Wachstum.

Flugbewegungen sollen beschränkt werden / Juni 2006

Auch der Gemeinderat Zell möchte die Zahl der Flugbewegungen in Kloten beschränken. Er unterstützt deshalb die Behördeninitiative zur Änderung des Gesetzes über den Flughafen Zürich (Begrenzung auf jährlich 320'000 Flugbewegungen sowie eine Nachtflugsperrung von 8 Stunden). Die Behördeninitiative wurde von den Gemeinden Bülach, Dällikon, Nürensdorf, Opfikon und Winterthur lanciert. Die Initiative bringt dem Flughafen Zürich weiterhin eine wirtschaftliche Stabilität und begrenzte Wachstumsmöglichkeiten und trägt gleichzeitig dem Ruhebedürfnis der betroffenen Bevölkerung in der Nacht Rechnung. Im Übrigen handelt es sich beim vorliegenden Plafonierungsvorschlag von 320'000 Flugbewegungen um einen schon früher eingebrachten und von einer breiten Trägerschaft unterstützten Vorschlag, welcher in Sachen Flughafenpolitik eine neue Vertrauensbasis schaffen könnte.

Dem Gemeinderat Zell sind die Erhaltung der Lebensqualität und der Schutz des Lebensraums im Tösstal ein wichtiges Anliegen. Er setzt sich deshalb weiterhin mit allen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln gegen eine Zunahme des Fluglärms im Osten des Flughafens Zürich Kloten ein.

Rekurs gegen Festlegung Projektierungszone für Piste 28 / März 2006

Mit Verfügung vom 20. Februar 2006 hat das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) eine Projektierungszone betreffend Hindernisbegrenzung für den Anflug auf die Piste 28 des Flughafens Zürich in den Gemeinden Kloten, Bassersdorf, Nürensdorf, Lindau, Illnau-Effretikon, Winterthur, Kyburg, Weisslingen und Zell festgelegt. Damit entspricht das Amt einem Gesuch des Flughafens. Mit der Projektierungszone soll verhindert werden, dass in der Anflugachse der Piste 28 zu hohe Bauten entstehen, die als Hindernisse das künftige Anflugverfahren mit dem Instrumentlandesystem (ILS) beeinträchtigen könnten. Bauprojekte, welche die Höhe der Projektierungszone überschreiten, müssen der Flughafen Zürich AG (Unique) vorgelegt werden.

Der Gemeinderat zeigt sich einmal mehr befremdet über das Vorgehen der zuständigen Stellen (BAZL, Flughafen Zürich AG, Regierungsrat des Kantons Zürich), die so rasch als möglich das Projekt „RELIEF“ mit enormer Zusatzbelastung der Ostgemeinden des Flughafens umsetzen wollen.

Der Gemeinderat Zell beteiligt sich deshalb am Rekurs der IG Ost gegen die vom Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) festgelegte Projektierungszone für die Piste 28 des Flughafens Zürich.

Erneut mehr Fluglärm / Juli 2005

Seit Mitte April 2005 starten mit der Einführung des vorläufigen Betriebsreglements täglich, teilweise ab 06.00 Uhr, im 2 bis 15 Minutentakt bis am Abend um 19.00 Uhr Flugzeuge über die Gemeinde Zell und überfliegen das Gemeindegebiet in der Gegenrichtung zu den abendlichen Landungen. Seit dem erneuten Wechsel der Starts und Landungen hat die Lärmbelastung in der Gemeinde Zell erneut zugenommen. Hinzu kommt, dass der Regierungsrat das Projekt „RELIEF“ zwar nicht mehr offiziell, jedoch verdeckt, überall weiterplant. Der Gemeinderat zeigt sich befremdet über diese erneute Verschlechterung der Lebensqualität und wird sich weiter engagieren für den Schutz des Lebensraums im Tösstal. Unterstützt wird deshalb auch das kürzlich von der Region Ost vorgestellte Konzept „Akzeptanz“ als mögliche Lösung für die Lärmproblematik um den Flughafen Zürich.

Teilrevision kantonaler Verkehrsrichtplan / Juni 2005

Der Gemeinderat hat seine Einwendungen zur Teilrevision des kantonalen Verkehrsrichtplans verabschiedet. Zu folgenden Punkten hat der Gemeinderat seine Stellungnahme abgegeben: Es wurde zur Kenntnis genommen, dass der Flughafen Zürich nicht Gegenstand dieser Anhörung sein soll. Nach Ansicht des Gemeinderates sind jedoch die Eckwerte des ehemaligen runden Tisches betreffend den Luftverkehr in den Richtplan (Textteil) aufzunehmen. Es betrifft dies unter anderem die Plafonierung bei 320'000 Flugbewegungen, die Einhaltung der Nachtruhe von 22.00 – 07.00 Uhr und keine Zulassung einer Veränderung des Pistensystems.

Einreichung Beschwerde gegen vorläufiges Betriebsreglement / April 2005

Mit Verfügung vom 29. März 2005 hat das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) das vorläufige Betriebsreglement für den Flughafen Zürich teilweise genehmigt. Die Flughafen Zürich AG (Unique) hatte das neue vorläufige Betriebsreglement Ende 2003 beim BAZL eingereicht. Die neuen Flugverfahren sind am 14. April 2005 in Kraft getreten.

Mit dem neuen vorläufigen Betriebsreglement wird einmal mehr der Osten erneut benachteiligt. Vor allem werden das bewilligte „Dual Landing System“ sowie der sogenannte „Wide Left Turn“ den Osten wieder zusätzlich belasten. Damit wird unter anderem auch die Hub-Strategie zementiert. Damit ist der Gemeinderat Zell nicht einverstanden. Deshalb wird er sich zusammen mit der IG Ost an einer Einsprache gegen das vorläufige Betriebsreglement beteiligen.

Stellungnahme zum "Rotationsprinzip"

Der Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Zürich (sbfz), in dem auch die Gemeinde Zell Mitglied ist, schlägt ein neues Betriebssystem „Rotation“ vor. Der Fluglärm des Flughafens Zürich soll bei diesem System auf alle vier Himmelsrichtungen verteilt werden. Jede der Regionen (Ost, Süd, West und Nord) erhält im Turnus eine Ruhephase. Das Rotationsprinzip ist als Alternative zu „RELIEF“ gedacht, welches die Flugbewegungen über dem Norden (Abflüge) und Osten (Anflüge) konzentrieren würde. Das Projekt „Rotation“ des Schutzverbandes wird als Alternative zur schlechtesten Variante „RELIEF“ vom Gemeinderat Zell unterstützt. Allerdings müsste das Rotationsprojekt nach Ansicht des Gemeinderates es zu Gunsten des Ostens noch wesentlich modifiziert und verbessert werden. Diese Haltung wird auch von der IG Ost unterstützt.

Auszahlung von Beiträgen an den Verein "Fluglärmsolidarität"

An der Gemeindeversammlung vom 17. März 2003 wurde die Einzelinitiative Ernst Bär, Ruth Fumagalli, Jürg Koch, Mirjam Maag, Werner Maag und Lisa Zutt zur Erhaltung der Lebensqualität von Kollbrunn, Rikon, Langenhard, Rämismühle, Zell und Aussenwachen durch eine finanzielle Unterstützung des Vereins „Fluglärmsolidarität“ angenommen. Dem Verein „Fluglärmsolidarität“ mit Sitz in Nürensdorf wurde ein jährlich wiederkehrender Betrag von Fr. 9'500.00, befristet auf drei Jahre, zugesichert. Bisher wurde erst der Beitrag 2003 ausgerichtet. Nun wurden vom Verein die nötigen Unterlagen zur Überprüfung der Ziele, Absichten und Aktivitäten an den Gemeinderat eingereicht. Somit konnten die pendenten Beiträge für die Jahre 2004 und 2005 à je Fr. 9'500.00 freigegeben werden. In Zukunft ist vorgesehen, einen jährlichen Beitrag von Fr. 15'000.00 in den Voranschlag aufzunehmen. Damit sollen gezielt Aktionen der Ortsgruppen, die gegen den Fluglärm im Osten kämpfen, unterstützt werden.

Gemeinderat gegen "Relief" / Januar 2005

Der Gemeinderat musste einmal mehr enttäuscht zur Kenntnis nehmen, dass der Regierungsrat das Raumplanungskonzept „Relief“ weiterverfolgen will und so erneut den Osten diskriminiert. Das neue Konzept soll die Grundlagen schaffen, damit der Flughafen Zürich in Zukunft mehrheitlich von Osten her angefliegen werden kann. Dies würde auch eine massive Zunahme des Fluglärms in der Gemeinde Zell bedeuten. Der Gemeinderat wird sich weiterhin mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen „Relief“ zur Wehr setzen, welches den Wohnraum im Tösstal markant abwerten würde.

Forcierte Ostanflüge - Nein / Juni 2004

An den beiden Sitzungen im Juni hatte der Gemeinderat Zell eine Fülle von Geschäften und Vorlagen zu beraten und zu beschliessen. Unter anderem wurde die Unterstützung der Kampagne «Forcierter Ostanflug - Nein» bewilligt.

In den Medien wurde kürzlich über ein neues Anflugregime Ost statt Süd informiert. Aufgrund dieses neuen Vorschlags des Zürcher Regierungsrates wurde an einer Dringlichkeitssitzung von den Gemeinden im Osten ein gemeinsames Vorgehen beschlossen. Der Gemeinderat Zell beteiligt sich an der Plakataktion «Forcierter Ostanflug - Nein» und unterstützt die von der Stadt Winterthur lancierte «Charta Region Ost». Er setzt sich damit solidarisch ein für den Schutz jener Gemeinden, die von zusätzlichen Ostanflügen stark belastet würden. Der

Gemeinderat spricht sich damit nicht gegen eine gewisse Belastung durch An- und Abflüge aus, er ist jedoch nach wie vor der Meinung, dass die Immissionen gerecht verteilt werden sollten. In diesem Sinn hat er auch die von 67 Städten und Gemeinden in den Kantonen Zürich und Schaffhausen verabschiedeten «Charta Region Ost» unterzeichnet.